



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 08. September 2023 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zu Beginn der Sommerpause waren die Zeitungen überzogen mit Berichten über die Erwartung und Hoffnung, dass die Ampel über die sitzungsfreie Periode zur Vernunft und Besinnung zurückkehren würde. Mehr Demut war wünschenswert im Angesicht der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das eine „gleichberechtigte Teilhabe (...) an der parlamentarischen Willensbildung“ anmahnte und aus diesem Grund das Heizungsgesetz stoppte. Nach der Sommerpause weiß man: Es hat sich nichts geändert und der Kurs der fragwürdigen Methoden setzt sich fort: keine Expertenanhörung, keine Ausschusssitzung zum Heizungsgesetz, unter dessen neues Gezänk und Erpressungsversuche innerhalb des Bundeskabinetts in Zeiten einer ernsthaften Wirtschaftskrise in unserem Land.

War die Hoffnung doch groß, in dieser ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause mit einem Gespür für Wesentliches in die Haushaltsberatungen einzusteigen, überwog auch hier die Enttäuschung. Schon heute besteht der Haushalt zu zwei Dritteln der Ausgaben aus

Sozialausgaben, Zinsen und Personal; mehr als jeder zweite Euro fließt in soziale Umverteilung. Auf allen Fronten der Sozialpolitik versprüht die Ampel das Serum der Leistungsfeindlichkeit, ob durch Fehlanreize beim Bürgergeld oder die falsche Rentenpolitik.

Als Hesse blicke ich aber auch mit Erstaunen auf die Vorgänge um die sozialdemokratische Bewerberin für das Ministerpräsidentenamt in Hessen. Das Agieren von Nancy Faeser in der Causa Schönbohm ist unerträglich. Bereits zwei Mal unterließ es Frau Faeser, dem Innenausschuss Rede und Antwort zu stehen. Währenddessen verdichten sich die Hinweise, dass es sich bei der Strafversetzung des Ex-Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) um eine handfeste Mobbingaffäre handelt. Der ehemalige Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe hat dies zu einer Strafanzeige veranlasst.

Herzlichst,  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Haushaltswoche im Deutschen Bundestag**
- **Zeitenwende Ade: Ampel zweckentfremdet Sondervermögen**
- **Deutschland-Pakt: PR-Maßnahme statt Innovation**
- **Gespräche am Rande der Plenarwoche**

## Ampel-Fehlstart in die Haushaltswoche im Deutschen Bundestag.

**D**en Fehlstart der Ampel-Koalition nach der Sommerpause mit dem Streit um die Kindergrundsicherung kommentierte Friedrich Merz mit den Worten, dass die Koalition nicht in der Lage sei, „unsere Freiheit im Äußeren zu sichern und unseren Wohlstand im Inneren zu bewahren.“ In unsere zweite Jahreshälfte sind wir mit den Beratungen zum Haushalt 2024 gestartet. Dabei war die Einbringung des Haushalts überschattet von klarer Kritik des Bundesrechnungshofs, der die Existenz von nunmehr 29 Schattenhaushalte bemängelt. Inzwischen unterscheidet der Rechnungshof zwischen der Nettokreditaufnahme von 16,6 Milliarden Euro auf dem Papier und der „echten Nettokreditaufnahme“ in Höhe von 85,7 Milliarden Euro.

**Standpunkt:** *Der Konflikt dieser selbsternannten Fortschrittskoalition war bereits in ihrer Entstehung vor zwei Jahren angelegt, bei der alle anfänglichen Probleme scheinbar mit Geld lösbar waren: Die SPD bekam Geld für Soziales und die Grünen kriegten Geld fürs Klima versprochen. In Zeiten einer funktionierenden Wirtschaft und geringem Zins- und Inflationsniveau schien das Risiko gering. Stand heute: hohe Inflation, hohe Zinsen und Wirtschaft am Scheideweg. Die Geschäftsgrundlage für Ampel-Haushaltspolitik ist entfallen. •*

## Zeitenwende Ade: Ampel zweckentfremdet das Sondervermögen.

**D**er Doppelwumms für die Finanzierung der deutschen Verteidigungspolitik kommt in dieser Haushaltswoche besonders negativ daher: Der Haushaltsetat der Ampel bleibt über 2024 hinaus bei 52 Mrd. eingefroren, während die Koalition durch die Hintertür den Zeitenwende-Kompromiss aufkündigt. Zur Erinnerung: Die Union stimmte einer Verfassungsänderung zu, um ein Sondervermögen für die Bundeswehr zu errichten. Damit sollten „komplexe überjährige Maßnahmen mit großem Finanzvolumen“ (bspw. Kampfflugzeuge) finanziert werden. Jetzt plant die Ampel, das Sondervermögen auch für weitere Nutzung zugänglich zu machen, die an sich originäre Kernaufgaben des regulären Verteidigungshaushalts sind.

**Standpunkt:** *Die Ampel muss daran erinnert werden, worum es eigentlich geht. Verteidigungsausgaben sind ein dringend erforderlicher Beitrag zur Absicherung der staatlichen Souveränität! Ampel-Verteidigungspolitik in den herausforderndsten Zeiten für die Sicherheits- und Friedensordnung Europas nach dem zweiten Weltkrieg bringt es fertig, Verteidigungsausgaben durch Taschenspielertricks zu durchziehen. Schon jetzt ist klar: Die Ampel verursacht die Finanzierungslücken von Morgen. •*

## Deutschland-Pakt: PR-Maßnahme statt echter Innovation.

In der Generaldebatte des Deutschen Bundestages hat Bundeskanzler Scholz einen „Deutschland-Pakt“ als Bündnis zwischen Bund, Ländern, Kommunen und demokratischer Opposition vorgeschlagen. Der Vorschlag enthält mehrere Vorhaben zu Planungsbeschleunigung, Wachstumsförderung, Digitalisierung und Migration. Keines der im „Pakt“ genannten Vorhaben ist neu: Sämtliche Vorschläge sind bereits früher kommuniziert worden. Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt.

**Standpunkt:** *Den blumigen Aussagen des Bundeskanzlers für einen „Pakt“ stellt meine Fraktion ein konkretes Maßnahmenbündel entgegen: Deutschland braucht ein Belastungsmoratorium, das heißt einen sofortigen Stopp aller die Wirtschaftsaktivität drosselnder Gesetze. Privathaushalte und Unternehmen benötigen günstigere Energie. Das geht nur durch eine Ausweitung des Angebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen darf 25 Prozent nicht überschreiten. Im Bereich Bauen und Wohnen brauchen wir eine*

*Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.*

*Als konstruktive Opposition stehen wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung, um die richtigen politischen Entscheidungen für Deutschland zu treffen. Wir werden daher bereits in der nächsten Sitzungswoche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen. Auch werden wir Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik zur Abstimmung stellen, die der Bundeskanzler bereits mit den Ministerpräsidenten vereinbart, aber immer noch nicht umgesetzt hat. Ich bin gespannt, wie ernst es die Ampel mit dem Angebot zur Zusammenarbeit meint. •*

## Im Gespräch mit dem hessischen Landesfeuerwehrverband.

Abseits der Gremiensitzungen in dieser Woche ergaben sich interessante Gespräche. Am Mittwoch konnte die hessische CDU-Landesgruppe das Präsidium des hessischen Landesfeuerwehrverbands begrüßen, welches unter Leitung von Präsident Norbert Fischer mit einer 14-köpfigen Delegation nach Berlin gekommen war.



Im Fokus stand dabei die Ausstattung der Feuerwehren und die Vernetzung mit politischen Entscheidungsträgern. Für uns ist klar: Mit der CDU haben die Feuerwehren in unserem Land den stärksten politischen Vorkämpfer. •

## Zu Besuch im Bundesrat.

**N**eben dem Deutschen Bundestag bildet der Bundesrat das „Oberhaus“ unseres deutschen Parlamentarismus. Dort wirken die Landesregierungen an der Gesetzgebung mit. Umso wichtiger ist auch ein regelmäßiger Austausch zwischen beiden Parlamentskammern. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe bin ich mit der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich (CDU), und dem stellvertretenden Direktor des Bundesrats, Dr. Georg Kleemann, zusammengetroffen.

In unseren Gesprächen wurde deutlich, dass nicht nur der Bundestag, sondern auch der Bundesrat, unter den verkürzten Fristen für Beratung und Verabschiedung bei der Gesetzgebung leiden. Diese Praxis wurde nicht zuletzt beim Versuch, das sogenannte Gebäudeenergiegesetz (GEG) vor der Sommerpause durchzuzupitschen, höchststrichterlich durch Bundesverfassungsgericht gestoppt. Nichtsdestotrotz wurde dieses Gesetz – trotz starker Vorbehalte unsererseits – an diesem Freitag durch die Ampelkoalition verabschiedet. •



## Deutsche Entwicklungshilfe stärken!

**E**in weiteres Gespräch konnte ich in dieser Woche mit den Jugendbotschafterinnen und -botschaftern des ONE Netzwerks getroffen. Mit der Aktion #LuftNachOben setzen sie sich dafür ein, dass Deutschland seine Zusagen einhält und auch in den kommenden Haushalten das 0,7%-Ziel (bezogen auf das Bruttonationaleinkommen) für Entwicklungsausgaben einhält. Während die unionsgeführten Bundesregierungen sich in den vergangenen Jahren stark für die Erfüllung dieser Quote einsetzten – die auch in den Jahren 2016 und 2020 bis 2022 gelang, senkte die Ampelkoalition den Etat des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) deutlich. Für mich ist klar: Nur mit einer starken deutschen Entwicklungszusammenarbeit kann Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Daher unterstütze ich gerne die Aktion von ONE. •



## Fachlicher Austausch mit der KAS.

**W**ichtige Impulse für meine fachliche Arbeit im Auswärtigen Ausschuss liefern oft meine Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung. Am Freitag konnte ich mit Alina Reiß, Referentin für das anglophone Westafrika, und Lukas Laible, stellvertretender KAS-Büroleiter in Abuja (Nigeria) zur aktuellen Lage in der Region sprechen. Nicht zuletzt die Militärputsche in Niger und vor wenigen Tagen in Gabun können Folgen auch für weitere Anrainerstaaten haben. Vielen Dank für das Gespräch. •

### Die gute Nachricht der Woche: **Kanadische Forscherin entwickelt neue Batterie-Recycling Methode**

*Unsere Kritik an kriminellen Klima-Klebern wies stets darauf hin, dass die wahre Lösung im Wirken von innovativen und tüchtigen Forschenden und tatkräftigen Politik-Verantwortlichen liegt. Einer der Game-Changer für die nachhaltige Wende unseres Wirtschaftssystems ist die kanadische Forscherin Gisele Azimi. Sie hat ein Verfahren entwickelt, bei dem unter Einsatz von gespeichertem CO<sub>2</sub> aus Elektromüll (z.B. verbrauchten Batterien oder Wind-Turbinen-Materialien) wertvolle, kritische Metalle herausgelöst und wiedergewonnen werden. Das ist echter Einsatz zugunsten von Nachhaltigkeit. •*